



OB-WAHL: FREIBURG WILL KALKUTTA RETTEN

Stolpert der grüne Amtsinhaber Dieter Salomon über Hussein K.?

Von NEXÖ | Andrea K.* ist pensionierte Lehrerin aus dem Norddeutschen. An die neun Abschlussfahrten mit 10. Klassen nach Freiburg im Breisgau in den 80er und 90ern erinnert sie sich noch gerne. Die Schüler seien begeistert gewesen von dieser lebenswerten Stadt und den Ausflügen ins deutsch-französische Grenzgebiet. Eher durch Zufall erfuhr Andrea K., dass die Freiburger am kommenden Sonntag ihren Oberbürgermeister wählen. „Ich glaube, ich würde heute keine Klassenfahrt an die Dreisam mehr unternehmen wollen“, sagt sie wehmütig. „Die Stadt scheint mir zu gefährlich geworden zu sein für harmlose unbedarfte junge Menschen, die abends ihren Spaß haben wollen.“ (* Name geändert)

Nein, Kalkutta ist Freiburg (noch) nicht. Diesen Zustand herzustellen schafft selbst ein grüner OB nach zwei achtjährigen Amtsperioden an der Macht nicht. Aber die Bewohner der als liberal geltenden Studenten- und Akademikerstadt hatten schon immer ein Faible dafür, für eine offene Welt eintreten zu wollen. „Wer halb Kalkutta aufnimmt, rettet nicht Kalkutta, sondern der wird selbst Kalkutta“,

wusste aber schon Peter Scholl-Latour. Die Freiburger sind nach 16 Jahren Dieter Salomon (57, Grüne) und zweieinhalb Jahren Grenzöffnung auf dem „besten“ Wege dorthin.

Die meisten Freiburger werden über den Vergleich mit der indischen Stadt am Ganges vermutlich empört sein. Aber alles ist eine Frage der Relativierung, eine bei den Toleranz- und Offenheitsaposteln dieser Welt beliebte Differenzierungsweise, die sie aber nur ungern auf sich selbst anwenden. Freiburg hat im Vergleich zu früher stark nachgelassen als Sehnsuchtsstadt vieler Deutscher. Denn auf der Flucht-Achse Basel/Deutschland fühlten sich im Zuge der grenzenlosen Willkommenspolitik auch viele Ausländer wohl in Freiburg. [Der Ausländeranteil](#) beträgt derzeit 17 Prozent. Der Anteil der Syrer sprang in den Jahren 2015/16 auf fast 80 Prozent, der Iraker auf 74 Prozent. Mit dem Zuzug demokratie- und kulturfremder „Flüchtlinge“ stieg die Kriminalitätsrate, und das Sicherheitsgefühl der Bürger ging die Dreisam runter. Objektiv gesehen ist [Freiburg die Kriminalitätshochburg](#) Baden-Württembergs, selbst München verblasst dahinter. Wie oben gesagt: Sowas kommt dabei heraus, wenn man Kalkutta retten will.

Zu Beginn der Flüchtlingswelle waren viele Freiburger noch auf Welcome gepolt. Die verhätschelten Flüchtlinge suhlten sich geradezu in der dargebotenen Naivität der Gutmenschen, die sich nicht vorstellen konnten, dass asoziale kriminelle Elemente die kostenlose Freigebigkeit schamlos ausnutzen könnten.

Dazu gehörte der moslemische Mörders Hussein K., der kürzlich vom [Landgericht Freiburg zur Höchststrafe](#) mit anschließender Prüfung auf Sicherheitsverwahrung verurteilt wurde. Der als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Freiburg eingereiste mutmaßliche Afghane hatte nachts im Oktober 2016 die 19-jährige Studentin Maria L. an der Dreisam vom Rad gestoßen, sie brutal vergewaltigt und anschließend im flachen Flässchen ertränkt. Der angeblich 17-Jährige entpuppte sich später als mindestens 21-Jähriger. Und log sich auch sonst

durch den Prozess. In Griechenland war er bereits wegen versuchten Mordes an einer Frau zu zehn Jahren Haft verurteilt worden, aber im Zuge eines Amnestieerlasses freigekommen.

Man darf und muss heute die Frage stellen, ob Maria L. nicht noch leben könnte, wenn nicht Bürger wie Ämter weggeschaut hätten. Das fängt an mit dem Alter von zunächst angeblich 16 Jahren, später zwischen 21 und 26 Jahren. Warum fiel das dem zuständigen Amt nicht auf? Seit wann dürfen Minderjährige nächtens durch die Stadt streifen? Wo blieb die Pflicht der afghanischen Pflegeeltern, einer Arztfamilie, ihren Zögling, den sie sich gut bezahlen ließen, zu kontrollieren? Wieso wirft der Staat mit 60.000 Euro pro Jahr um sich für einen minderjährigen Flüchtling, der die Tage und Nächte mit Alkohol und Drogen vertut, aber sich scheut, eine händische Arbeit anzunehmen oder auch nur Deutsch zu lernen? Was Hussein K. offensichtlich noch fehlte in diesem See des kollektiven Wegschauens und Tolerierens war der Kick bei der nächtlichen Jagd nach jungen Mädchen. Aber auch diese Gier bemerkte keiner der Verantwortlichen.

Der Mord hatte wegen seiner Brutalität bundesweit und insbesondere bei den Freiburgern für Entsetzen gesorgt. Die Kaltblütigkeit der Tatausführung, der sprichwörtliche Undank eines schutzbefohlenen Flüchtlings, der hier in seiner hässlichsten Form zum Ausdruck kam, aber vor allem die Unschuld, die das Sehnsuchtsziel Freiburg i.B. über Nacht verlor, war es, was die Tat so einzigartig abstoßend machte. Es war das Gefühl, dass diese sonnengesegnete Stadt mit ihrem Münster, den lieblichen Gassen, dem südlichen Flair und der heiter-beschwingten Lebensweise vom Paradies zur Hölle mutierte. Und Freiburg wurde zum Gegenbeweis dafür, dass die Aufnahme von Tausenden Geflüchteten wie von selbst in dieser Multikulti-Stadt gelingen könnte. Der Fall Hussein K. demonstrierte symbolhaft für Deutschland die ganze Abgründigkeit, Naivität und dunkle Seite der deutschen Flüchtlingspolitik. Die afghanischen Pflegeeltern K.`s bezogen

2.800 Euro pro Monat und gaben ihm 400 Euro Taschengeld. Dafür kaufte er sich Drogen und schwänzte den Unterricht.

Die Stadt der Willkommenskultur ließ sich nach dem Mord an der Studentin ihre heile Welt nicht schlecht reden. Die eingebüßte hohe Lebensqualität ist einem trotzigem „jetzt erst recht“ gewichen. „Unsere Weltoffenheit und unseren Lebensstil lassen wir uns von solchen Verbrechen nicht nehmen“, sagt ein älterer Mann in der Innenstadt. Nach Ergreifung des Mörders sahen sich 20 spontane AfDler bei einer Kundgebung auf dem Münsterplatz 200 linken Demonstranten gegenüber, die ihnen unterstellten, die Stimmung mit Hass zu vergiften.

Hochschulgruppen der Grünen und Jusos schwiegen ansonsten eisern. Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, [sagte](#): „Dieses und viele andere Opfer würde es nicht geben, wäre unser Land auf die Gefahren vorbereitet gewesen, die mit massenhafter Zuwanderung immer verbunden sind. Und während Angehörige trauern und Opfer unsägliches Leid erfahren, schweigen die Vertreter der `Willkommenskultur`. Kein Wort des Mitgeföhls, nirgends Selbstzweifel, nur arrogantes Beharren auf der eigenen edlen Gesinnung. Die grausame Seite dieser Politik wird abgewälzt auf die Opfer und auf eine seit Jahren kaputt gesparte Polizei und Justiz. Und so wachsen die Gefahren für unser Land beständig.“

Es blieb nicht bei diesem einen Mord. Ein rumänischer Lkw-Fahrer erwürgte eine Joggerin im nahen Endingen. Derzeit steht ein 53-jähriger Migrant vor Gericht, der seine Lebensgefährtin und ihr vierjähriges Kind erstochen hat. Alles Vorfälle, die direkt oder mittelbar im Zusammenhang mit ausländischen Tätern standen und stehen. In Folge schauten die Zeitungen genauer hin, denn Freiburg mit seiner grünen Laissez Fair-Regierung mit Oberbürgermeister Salomon galt ja als das Mekka von Merkels „Wir schaffen das“. Stattdessen mussten die Freiburger immer mehr Abstriche von ihrer gewohnten lockeren Lebensweise einbüßen: Es gab Klagen über sexuelle Belästigung, Gewalt, Diebstahl. Mehrere Discos in [Freiburg ließen keine Flüchtlinge](#)

mehr rein. Der schöne Seepark in der grünen Randzone in Betzingen wurde nach Anbruch der Dunkelheit gefährlich für Besucher, der Stühlinger Kirchplatz, ein Park in der Stadtmitte, geriet wegen Drogendealern gar zur [regelrechten No-Go-Zone](#). Alles in allem: das Idyll avancierte zur [Risikozone in Baden-Württemberg](#).

Wie unter dem Brennglas wurden im Zuge der unbewältigten Flüchtlingskrise weitere Schwächen der 230.000-Einwohner-Metropole erkennbar: fehlender Wohnraum, die Mieten in dieser bei Studenten beliebten Stadt gerieten zunehmend ins Unbezahlbare. 750 Euro kalt für 24 Quadratmeter in einer der Randgegenden sind keine Seltenheit. Der Mietspiegel gehört mit zu den höchsten in Deutschland. Wer bezahlt`s? Das gut betuchte Bürgertum kann es sich leisten, die Studenten wohnen in WGs von Bafög oder Eltern finanziert, Kleinverdiener sparen sich die hohen Mieten vom Munde ab, das Amt hilft, Alleinerziehende sind oftmals die Dummen.

Verantwortlich seit 2002 ist Oberbürgermeister Salomon (Grüne). Der grüne Amtsinhaber strahle demonstrative Selbstzufriedenheit aus, konstatiert die WELT, fragt aber besorgt im Stile des wohlwollenden medialen Gutmenschlichkeit: [„Hat Salomon den Fall Hussein K. unterschätzt?“](#)

Die Frage ist berechtigt, denn schließlich ist Salomon letztlich verantwortlich für das Image „seiner“ Stadt. Und das hat schwer gelitten. Ob er es erneut schafft wie 2002, als er überraschend zum ersten grünen Oberbürgermeister einer Großstadt gewählt wurde, hängt wohl vor allem von den politischen Mitbewerbern ab, fünf an der Zahl. Die CDU als zweitstärkste Ratspartei nach den Grünen hat im vorausseilendem Gehorsam (Welt) auf einen eigenen Kandidaten verzichtet. So ist das grün-konservative und gutbetuchte Bürgertum wie schon zuvor hinter Salomon versammelt. Schon die erste Wiederwahl gewann Salomon nicht durch rot-grün, sondern in den CDU-Hochburgen Freiburgs.

Die weiteren Kandidaten sind überwiegend unabhängig und parteilos. Die SPD unterstützt den 33-jährigen Sozialarbeiter Martin Horn, einen eingeflogenen Sindelfinger, dem nachgesagt wird, dass er die Kandidatur nur als Sprungbrett für höhere Weihen benutzt. Horn hat sich für 200 Euro Adressenmaterial von Erstwählern von der Stadt besorgt. Anderswo würde die Nutzung der Adressen die Bürger mit Blick auf Datenschutz schlecht ankommen, im saturierten Freiburger Bürgertum sieht man dies eher gelassen.

Die Stadträtin und Werkrealschullehrerin Monika Stein (48), eine abgespaltene Grüne, wird von der Linken Liste unterstützt.

Der Parteilose Anton Behringer (51) ist studierter Volkswirt und selbständig im Bereich IT berufstätig.

Manfred Kröber (38, Mitglied der Grünen, kandidiert unabhängig) hat auf Lehramt studiert.

Stephan Wermter (57, parteilos) wird dem rechten Spektrum zugeordnet. Er ist Unternehmer und betreibt einen Wohnmobilhandel. Der bodenständige Wermter verspricht selbstbewusst, dass er alle Einkünfte, die einem OB zustehen, der Stadt und der Bevölkerung zur Verfügung stellen will. Mit Salomon besteht er in einer konträren Beziehung, da dieser ihn einen Rechtsradikalen schimpft. Damit wird jeder in Freiburg geächtet, der sich auch nur im Entferntesten in die Nähe von AfD oder ähnlichem stellt. Toleranz hat schließlich seine Grenzen.

Kriminalitätsanstieg in Zusammenhang mit starker Zuwanderung, erodierendes Sicherheitsgefühl, explodierende Mieten, aus der Sozialbindung fallende Wohnungen sind Themenschwerpunkte in Freiburg. Neulich war der SPD-Kandidat mit einem pensionierten Polizisten unterwegs, dem beim Waldspaziergang das Abwehrspray aus der Tasche fiel. Das sagt alles. Eine Helferin bekennt, dass ihr kein Mädchen bekannt sei, dass nachts an der Dreisam

entlangfährt. Der amtierende OB will, dass Freiburg eine „weltoffene und liberale Stadt“ bleibt. Um Frauen einen sicheren Heimweg zu ermöglichen, habe man das Frauen-Nacht-Taxi eingeführt. Außerdem würden dunkle Ecken besser beleuchtet und die Wartehäuschen offener und transparenter gestaltet. Na toll.

Rot-Grün hat bei Gemeindewahlen in Freiburg seit vielen Jahren eine deutliche Mehrheit. Im Gemeinderat dirigiert Salomon eine grün-schwarze Mehrheit. Die AfD oder andere rechte Gruppen sind kommunal nicht vertreten. In Freiburg wird am Sonntag mit einer geringen Wahlbeteiligung gerechnet. Es gilt schon als sensationell, wenn der Amtsinhaber nicht beim ersten Wahlgang die absolute Mehrheit schaffen würde und in die Stichwahl am 6. Mai müsste. Für Freiburger Verhältnisse wäre das bereits ein starkes Signal, dass die Einwohner aus ihrem bürgerlichen Phlegma aufgewacht sind.



Integrationsrat: Fahndungs- Bezeichnung „Südländer“ rassistisch

Damit eine polizeiliche Fahndung zu einem positiven Ergebnis führt, ist es von großem Vorteil, wenn der Gesuchte möglichst gut beschrieben wird. In den vergangenen Jahren hat sich für

die Suche nach der Hauptklientel, der mittlerweile zu Alltagsverbrechen mutierten diversen Gewalt- Nötigungs- und Klaudelikten, der Überbegriff Südländer eingebürgert.

Dem mit solchen Tätern konfrontierten Bürger wird so gleich klar, dass er sein Augenmerk nicht auf den blonden Hans oder Patrick, den Rotschopf, sondern auf etwa Ali, Mohammed oder Mustafa lenken sollte.

Dass möglichst effizient und das auch noch öffentlich nach diesen Tätern gefahndet wird liegt aber offenbar nicht im Interesse derer, die uns stets von den bestens integrierten Neubürgern vorschwadronieren. Eine Gruppe davon sind die sogenannten Integrationsräte, die ja aus der angeblich so gelungenen Eingliederung ihrer Schützlinge ihre Daseinsberechtigung ziehen. Auch gehören die Spitzen solcher Organisationen meist selbst zur Gruppe der professionell Beleidigten.

Polizeiliche Fahndungsaufrufe rassistisch und diskriminierend

In dieses Muster passt nun eine Forderung des Bielefelder Integrationsrates, er fordert von der Polizei künftig in Fahndungsaufrufen nicht mehr von „südländisch aussehenden“ Tätern zu sprechen, denn das schüre Ressentiments.

In einer Pressemitteilung heißt es dazu:

Mit Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, dass eine Pressemitteilung der Bielefelder Polizei offensichtlich erneut Vorurteile und Stigmatisierungen ausdrückt und Ressentiments schürt, obwohl nach einem klärenden Gespräch in 2015 bereits ein sensiblerer Umgang mit dieser Thematik zugesichert worden war. [...] Vermutlich ist hier kein Südländer aus Spanien, Portugal, Italien, Griechenland oder Südfrankreich gemeint – und erst recht kein Deutscher mit schwarzen Haaren. Unserer Erfahrung nach wird mit der Bezeichnung Südländer eher ein Flüchtling, Türke oder Marokkaner assoziiert und damit wird das Vorurteil bestätigt,

dass Kriminelle mit großer Wahrscheinlichkeit grundsätzlich aus diesen Regionen stammen.

Das hat der Integrationsrat aber gut erkannt! Bravo! Genau dieser Personengruppe kann man die meisten Täter dieser Art ja auch zuordnen und deshalb weiß auch der nun in Aufmerksamkeit versetzte Bürger besser wonach er Ausschau halten sollte.

Genau das passt den Herrschaften aber nicht, denn diese Form der Fahndung sein „Racial Profiling“ und damit eine Form von institutionellem Rassismus und diskriminierend. So würden nämlich bestimmte Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, von phänotypischen Merkmalen oder der nationalen Herkunft kontrolliert oder überwacht, heißt es. [Die Neue Westfälische](#), die diesbezüglich auch im Fadenkreuz der Südländerintegrierer steht berichtet:

Die Bielefelder Polizei reagierte prompt. In einer aktuellen Fahndung spricht die Pressestelle nun erstmals von einem „europäischen Aussehen“.

Integrationsrat fordert mehr Sensibilität

Der Vorstand des [Bielefelder Integrationsrats](#), unter Vorsitz von Ölmez, Mehmet Ali fordert künftig eine sensiblere Art der Polizeiarbeit bei der Täterermittlung und den völligen Verzicht auf Pressemeldungen und polizeiliche Statements in den Medien, die eine Verbindung herstellen würden „zwischen der ethnischen Herkunft, Staatsangehörigkeit, Hautfarbe oder Religion einerseits und kriminellem Verhalten andererseits“.

Wir halten Beschreibungen wie 'südländisch' in Fahndungsfällen für nicht zweckdienlich und fordern, ausschließlich konkrete Personenbeschreibungen zu verwenden.

„Nicht zweckdienlich“? Welcher Zweck ist damit gemeint? Das kann wohl nur das eigene Interesse der fast ausschließlich

südländischen Funktionäre dieses Vereins sein. Denn dem eigentlichen Zweck, nämlich des Täters habhaft zu werden dient diese Art der Fahndung ebenso wie das allseits kritisierte „Racial Profiling“. (lsg)



Video: Der Moscheereport

Der Fernsehmoderator und Journalist Constantin Schreiber hat sich längere Zeit in Syrien aufgehalten und spricht fließend Arabisch. Dies half ihm, als er ohne festen Plan 13 willkürlich ausgesuchte Moscheen besuchte, die Predigten anhörte und sie anschließend dann noch von Experten analysieren und übersetzen ließ.

Die Erfahrungen, zum Beispiel in Berlin-Willmersdorf, überraschten ihn durchaus. Er kam dort wegen des Verkehrs etwas zu spät in die bereits laufende Predigt und sah sich einige Broschüren an. In einer las er zum Beispiel, dass „die Demokratie eine westliche Krankheit“ sei und „Gott allein der Gesetzgeber“ wäre. Als der Imam sah, welche Lektüre er sich ausgesucht hatte, beendigte er schnell seine Predigt, versuchte Schreiber das Buch aus der Hand zu nehmen und behauptete dreist, Schreiber hätte es selbst mitgebracht, als die Kamera ihn dabei filmte ([in „DAS!“](#) vom NDR, 13.April, ab Minute 15.30).

Constantin Schreiber fand diese und andere Erfahrungen recht

merkwürdig („echt strange“) und sah, wie wenig er selbst und die breite Öffentlichkeit in Deutschland über Freitagspredigten in deutschen Moscheen wissen.

Zusammengefasst hat er seine Erfahrungen im Buch „Islam inside“ und auch im „[Moschee-Report](#)“. Diese Sendung wird heute Abend um 20.15 Uhr auf EinsExtra auf „[tagesschau24](#)“ ausgestrahlt, anschließend daran auf demselben Kanal um 20.30 „[Monheim – wie viel Islam verträgt eine Stadt?](#)“.



„Mein Mann hat sich eine zweite Ehefrau genommen ...“

Von PETER BARTELS | Was Sie jetzt lesen, ist kein Märchen aus 1001 Nacht. Es ist der Leserbrief einer syrischen Frau in Berlin. Sie klagt einer deutschen Leserbrieftante ihr Leid: "Liebe Frau Sonne ... mein Mann hat sich eine zweite Ehefrau genommen ... Was kann ich tun?"

Die Frau heißt Aisha. Sie schreibt in fast lupenreinem Schriftdeutsch der Leserbrieftante der "Dorfzeitung" (Auflage 32.000) wörtlich:

"Liebe Frau Sonne,

mein Mann und ich, wir sind letztes Jahr aus Syrien nach

Deutschland gekommen. Mein Mann hat Arbeit, ich mache den Haushalt und helfe für 450 Euro in einem Kiosk. Jetzt hat mein Mann sich eine zweite Ehefrau genommen, die bei uns eingezogen ist. Das ist nach unserer Religion zwar erlaubt und kommt auch öfter vor, aber mich stört das heftig. Was kann ich tun?

Ihre Aisha"

Die erstaunliche (?) Antwort der "Dipl. Psych. Sonne":

"Liebe Aisha,

warum freunden sie sich nicht mit der neuen Situation an? Sie müssen nun den Haushalt nicht mehr alleine machen, haben Hilfe. Vielleicht wird die "Neue" auch was zum Einkommen beitragen, und ihr Mann wird sicher in Zukunft besser gelaunt sein."

Ihre Frau Sonne"

Der Brief wurde am 22. März 2018 in der "Dorfzeitung" veröffentlicht. Das Blatt (Aktuelles & Kulturelles aus Reinickendorf, Oberhavel & Pankow) war mit diesem Leserbrief also weit weg vom "1. April". Das Blatt erscheint einmal die Woche: Auch Tiere, Rezept des Monats, Kräuterecke, Buchbesprechung, Witz des Monats und so. "Frau Sonne" hat eine regelmäßige Kolumne. Erste Reaktionen auf die wohl bislang einmalig umnachtete Brief tante ... eine Andrea schreibt: "Ist das ein April-Scherz?" ... Kai-Uwe: "Scheint ja ernst gemeint, geht`s noch?" ... Gregor: "Wie bei solchen Seifenblättchen üblich, macht das der Praktikant. Hier vielleicht ein praktizierender Salafist."

Kann alles sein, steht aber unter "Frau Dipl. Psycho. Sonne". Und es zeigt, wohin Moslem-Muttchen Merkel und ihre rot/grünen Genossinnen die Journaille des Zentralkomitees bereits gemurkelt haben. Bis in die Dörfer auf dem platten Land. Und

dann sitzt da tatsächlich eine deutsche (?) Diplom Psychologin, die versucht, der offensichtlich verzweifelten Syrerin den Steinzeit-Islam schön zu reden, die Unterdrückung der Frau zu verherrlichen: "Ihr Mann wird in Zukunft besser gelaunt sein ..."

Wo ist der Unterschied zu den blonden bis ältlichen Teddy-Werferinnen 2015 an Merkels Bahnhöfen? Nirgendwo, nicht mal im Kopf. Kann sich wirklich noch jemand über die jungen, neuen Herren im Park aufregen? Eigentlich bleibt nur ein galliges Lachen: Während ich den Briefwechsel zwischen der verzweifelten Syrerin und der deutschen Herrenmenschin diktierte, kicherte meine Sabine: "Nimm dir sofort eine Zweitfrau, damit ich endlich Hilfe in der Küche habe ..."

Seufz! Ob Merkels neuer Staat mir das erlaubt?



Ex-BILD-Chef
Peter
Bartels.

[PI-NEWS-Autor Peter Bartels](#) war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch [„Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“](#), beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine [Facebook-Seite!](#)



Die Umvolkung ist keine Verschwörungstheorie!

Von WOLFGANG HÜBNER | Gleich acht Redakteure des Hamburger Magazins „DER SPIEGEL“ bemühen sich in der Titelgeschichte der aktuellen Ausgabe darum, die zumindest in den Groß- und Mittelstädten Deutschlands sinnlich für jedermann feststellbare Umvolkung als „derzeit beliebteste Verschwörungstheorie“ zu denunzieren und zu widerlegen. Zur richtigen Einstimmung ist schon auf der Titelseite unter der Überschrift. „Ist das noch mein Land?“ ein deutscher Gartenzweig-Michel zu sehen, der sich die knallrote Zipfelmütze mit beiden Händen weit ins Gesicht zieht.

Die Botschaft des Titelbildes ist klar: Die deutschen Gartenzweig-Kleinbürger haben Angst, sind irritiert und möchten am liebsten die dramatischen Veränderungen in ihrem Land ignorieren. Geht aber nicht, so werden sie [über etliche Seiten](#) von den abgeklärten Weltbürgern der „SPIEGEL“-Redaktion belehrt. Zwar werden Probleme hier und dort zwischen Flensburg und Konstanz zugestanden, es dürfen sogar bekennende AfD-Wähler zu Wort kommen.

Doch am Ende des Textes werden eine erfolgreiche Augsburger Multikulti-Fußballmannschaft und ihr vorbildlich sich um Integration bemühter Trainer Michael Heuberger präsentiert. Der Satzesatz der Titelgeschichte lautet dann so: „Wenn

Deutschland eine Heimat für alle werden soll, brauchte man ein paar Zehntausend Heubergers“. Anders formuliert: Wenn Deutschland keine „paar Zehntausend Heubergers“ aufbieten kann oder will, dann sind die Deutschen halt selbst daran schuld, wenn aus der „Heimat für alle“ schon bald die „Heimat für keinen“ bzw. die „Heimat für Fremde“ wird. So weit, so wenig überraschend.

Ja, sie sind schon ganz schön frech und raffiniert, die naseweisen Mädels und Jungs in der Hamburger Redaktion. Doch was sie in ihrem Text vollkommen verfehlen, ist eine auch nur ansatzweise plausible Kritik der angeblichen Verschwörungstheorie von der „Umvolkung“. Denn das ist die wahre, die tatsächlich aufregende Erkenntnis nach der Lektüre der Titelgeschichte: Die Umvolkung, der vor sich gehende Bevölkerungsaustausch in Deutschland wird vom „SPIEGEL“ mit all seinen vielbeneideten wie vielbewunderten Fähigkeiten in den Abteilungen Dokumentation und Archiv mitnichten widerlegt!

Denn keiner der acht linksliberalen Volksaufklärer hat auch nur einen einzigen Bevölkerungswissenschaftler als Kronzeugen gefunden, der bereit oder in der Lage gewesen wäre, anhand von seriösen Statistiken und Hochrechnungen zu beweisen, dass es sich bei der These von der Umvolkung um ein propagandistisches Hirngespinnst von rassistisch kontaminierten Rechtspopulisten handeln würde.

Da mit hundertprozentiger Sicherheit angenommen werden kann, dass bei der Recherche der Titelgeschichte mit Hochdruck nach der bevölkerungsmathematisch begründeten Widerlegung der harmoniegefährdenden Theorie der Internetverschwörer gesucht wurde, hat „DER SPIEGEL“, wengleich gegen seine eigentliche Intention und Willen, nun für nur fünf Euro und zehn Cent jedem Käufer und der ganzen Nation nachgewiesen: Es gibt die Umvolkung, und selbst das altgediente Sturmgeschütz des linken Zeitgeistes kann sie nicht mehr negieren.

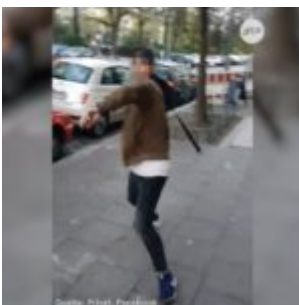
Seien wir deshalb großzügig unter uns

Verschwörungstheoretikern: Es gibt endlich mal Grund, ein herzliches Dankeschön in Richtung Ericusspitze 1, 20457 Hamburg zu sagen!



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der 71-jährige leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



Berlin: Arabisches „Gürteltier“ attackiert jüdischen Mitbürger

Von JEFF WINSTON | Wie bekämpft das Merkel-Regime die zunehmenden antisemitischen Angriffe in Deutschland? Ganz einfach – indem es jährlich mindestens 200.000 Muslims nach Deutschland auf Steuerzahlerkosten importiert. „Putting out Fire with Gasoline“ ist kein Schildbürgerstreich aus einer Biedermann-und-die-Brandstifter-übertreffenden Realsatire – es ist die einzige derzeitige politische Handlungsmaxime der vereinigten Volksblender in der Bundesrepublik Deutschland. Soweit ist es wieder gekommen in unserem Land, in dem nicht nur Mia-Maria-Mireille-und-Maurice, sondern auch jüdische Mitbürger bis vor kurzem gut und sicher lebten.

Am [Dienstagabend ist ein 21-jähriger jüdischer Berliner](#) in der Nähe des Helmholtzplatz mitten in „Prenzlauer Berg“ angegriffen worden. Geistesgegenwärtig filmte er den widerwärtigen Angriff. In dem Handyvideo ist zu sehen, wie der Täter mit einem Gürtel auf den Filmenden einschlägt und ihn wiederholt als „Yahudi“ (arabisch „Jude“) bezeichnet. Dann zieht ein anderer Mann den Angreifer weg. Der Attackierte war in Begleitung eines 24-Jährigen, beide trugen laut Polizei eine Kippa, die kreisrunde Kopfbedeckung männlicher Juden.

Eine Gruppe von drei Männern beleidigte die beiden, einer von ihnen griff den 21-Jährigen schließlich mit einem Gürtel an, den er als Peitsche umfunktionierte. Der jüdische Mann folgte dem Schläger, doch dieser hatte plötzlich eine abgebrochene Flasche in der Hand. Eine 24-jährige Zeugin griff ein und verhinderte, dass es zu weiterer Gewalt kam. Danach floh das Angreifer-Trio in Richtung Lychener Straße. In dem Video ist auch zu hören, wie das „Opfer“ dem „Schläger“ ziemlich cool nachruft: „Jude oder nicht Jude – du musst damit klarkommen!“

Brennende Israel-Fahnen gehören zu Merkel-Deutschland

Die Berliner Polizei spricht von einem „antisemitischen Angriff“. In Berlin hat sich die Zahl der bei der Polizei gemeldeten antisemitisch motivierten Taten seit 2013 verdoppelt. An den „Berliner Schulen gegen Rassismus“ werden Kinder jüdischen Glaubens regelmäßig ohne jedwede Konsequenzen gemobbt und malträtiiert. Brennende David-Sterne, Isrealische Fahnen, Allahu Akbar-Rufe und islamische Anschläge auf Synagogen sowie gewalttätige „Yahudi“-Angriffe sind im ehemaligen „Reichskristallnacht- und Wannsee-Konferenz-Berlin“ immer öfter an der Tagesordnung. Sie sind mittlerweile ein fester Bestandteil der islamsubmissiven deutschen Willkommenskultur geworden.

Antifa und Intifada im Kampf gegen „Jüdische Faschisten“

Ein gewohntes Bild im Merkel-Berlin sind mittlerweile auch vereinte [Intifada & Antifa-Attacken](#) im Zuge von so genannten „Friedens-Demonstrationen“. Dabei werden traditionell neben Hass-Parolen gegen Juden auch jüdische Mitbürger angegriffen, ironischerweise als „Faschos“ beschimpft und „Lang lebe Hamas“, „Free Gaza“ – und etwas sperrig – „Nieder mit Deutschland – und für den Kommunismus“ skandiert. Strafrechtliche Konsequenzen im rot-grünen Berlin sind dabei erfahrungsgemäß keine zu erwarten!

Eine weitere erstaunliche Realsatire ist es daher, dass ausgerechnet die palästinensisch-stämmige „Bevollmächtigte des Landes Berlin und Staatssekretärin für [Bürgerschaftliches Engagement](#) und Internationales“ Sawsan Chebli, SPD – mit einem Grundhalt von über 8.900 € pro Monat plus steuerfreie Zulagen plus Untätigkeits- oder „[Pensionsrückstellungen](#)“ über eine Million Euro – nach dem antisemitischen Angriff twitterte:

Ich bin erschüttert und erschrocken und schäme mich für diesen Mann, der meine Sprache spricht.
<https://t.co/rBIYB2FMJP>

– Sawsan Chebli (@SawsanChebli) [April 18, 2018](#)

Nein, Raffzahn Chebli, er „spricht“ nicht nur Deine Sprache ...

Das 9.000-Euro-Model war früher Berliner „Grundsatzreferentin für interkulturelle Angelegenheiten“ und förderte viele „ambitionierte“ Islam-Invasions-orientierte Projekte wie „Jung, Muslimisch, Aktiv“ (JUMA) durch großzügige Steuergelder des „armen-aber-antisemitischen-Berlins.“

Tagesspiegel: „Unklar ist, wer die Täter sind“

Aber auch der „tageslügel“ mutmaßt noch über die Quelle der sich seit einigen Jahren steigernden antijüdischen Gewalt und [hat bereits eine erste „heiße Spur“](#):

„Unklar ist, weshalb es zu einer Steigerung kam; ebenso wenig ist in vielen Fällen bekannt, wer die Täter sind: Genaue Analysen dazu fehlen. Von Lehrern, Polizisten und Sozialarbeitern heißt es, man nehme an, die Steigerung der Vorfälle hänge auch damit zusammen, dass in der Stadt nun mehr Einwanderer aus dem Nahen Osten lebten“.

„Sollte die Fahndung nach den Tätern erfolglos bleiben, könnte das Videomaterial auf Anordnung eines Richters für die Suche genutzt werden“ beruhigt der Tagesspiegel die deutschen Schlafschafe weiter. Mittlerweile ist das exemplarische Video aber auch von aufmerksamen Internet-Usern tausendfach geteilt worden, auch ohne richterlichen Beschluss. Der lässt in Berlin gewöhnlich bis zu acht Monate auf sich warten.

Levi Salomon vom Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus JFDA teilte noch in der Nacht zu Mittwoch mit: „Es ist unerträglich anzusehen, dass ein junger jüdischer Mann auf offener Straße im gut situierten Berliner Stadtteil Prenzlauer-Berg angegriffen wird, weil er sich als Jude zu erkennen gibt. Das zeigt, dass jüdische Menschen auch hier

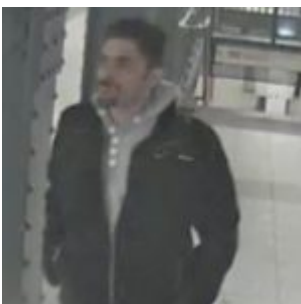
nicht sicher sind. Nun sind Politik und Zivilgesellschaft gefragt. Wir brauchen keine Sonntagsreden mehr – es muss gehandelt werden.“

Diskussion um AfD-Initiative zur fälligen Anerkennung der israelischen Hauptstadt

Inwieweit den „Sonntagsreden“ der gleichgeschalteten Parteien tatsächlich Taten – die manche importierte Neubürger beunruhigen können – folgen werden, ist abzuwarten. Wie ernst ist es der Bundesregierung tatsächlich mit ihren neuerlich angekündigten antisemitischen und pro-jüdischen Bestrebungen? Ein erster Gradmesser dazu dürfte die einfache Anfrage des außenpolitischen Sprechers der AfD, Petr Bystron, an den deutschen Außenminister Heiko Maas sein:

„Wie lautet die von [Deutschland anerkannte Hauptstadt](#) Israels? – Bitte nur eine Nennung“.

Bislang erkannten nur die [USA](#) und Guatemala die offizielle israelische Hauptstadt Jerusalem auch offiziell an.



Ouuups: “Mann” raped Mann!

Von PETER BARTELS | W0? In Berlin, der Stadt, die ein schwuler Bürgermeister mal “arm aber sexy” nannte. W0 genau? Da, wo es sonst nur ungläubige, am liebsten blonde Frauen beim Joggen erwischt – im Park!

WIE? Kopftritte bis der A ... kam, nachdem ein Passant Alarm geschlagen hatte; das Opfer-Mann schrie ja so laut.

Mann und "Mann" hatten sich nachts in der U-Bahn kennengelernt. Am 24. Februar 2018, um 3:15 Uhr trat der "Mann" dem Mann (40) in einem Parkgelände beim Bahnhof Lichtenberg "mehrfach gegen den Kopf" uuund ... vergewaltigte ihn. "Danach" flüchtete der "Mann" Richtung Bahnhof. So ähnlich jedenfalls [der Polizeibericht](#) ...

Die Polizei (??) wartete offensichtlich anstandshalber ein paar Wochen, bis sie via Suchfotos vom "Mann" um Fahndungshilfe bei der Bevölkerung bat. Fast genau so lange wie seinerzeit bei der jungen Frau, die ein "Südländer" mit Anlauf eine U-Bahn-Treppe runter getreten hatte.

War es seinerzeit ein wütender Wachdienstler, der die Polizei auf Trab brachte, wurde sie diesmal offenbar von sich aus nach drei Wochen munter. Sie suchte und fand zur fraglichen Zeit einen einsamen "Mann", auf den die Täterbeschreibung paßte. Und – festhalten – veranlaßte tatsächlich eine öffentliche Fahndung!! Schließlich wurde der Mann ja auch erheblich verletzt – wie seinerzeit die junge Frau auf der U-Bahn-Treppe.

Jeder kann sich das Foto des "Mannes" im Netz ansehen: Typ irgendwie Freddie Mercury, aber südländischer ... Jeans, Schnauzer, Kinnbart, dunkle Haare. Man kann es so groß machen, wie es die Qualität hergibt. Und da die Polizei diesmal auch noch "die Medien" um Fahndungshilfe bat, wurde – natürlich – auch [einschlägig in Berlin berichtet](#). Freilich, bis zur Stunde offenbar vergeblich... Kein Wunder – ausser "Mann" sagt die Polizei nix: Nix Sprech ... Nix Typ ... Nixmal Klamotten ...

Erstaunlich bleibt wieder die rücksichtsvolle Eile der Berliner Bullen, obwohl diesmal doch ein Mann das Vergewaltigungsopfer ist. "Und das ist auch gut so ...?" Gender-GRÜN wird seufzen: Gleichberechtigung! Mutti?

“Alternativlos!”, klar. Vielleicht sogar: Wir und die Polizei schaffen das ...



Ex-BILD-Chef
Peter
Bartels.

[PI-NEWS-Autor Peter Bartels](#) war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch [„Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“](#), beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine [Facebook-Seite](#)!



„Vereinte Nationen“ wollen

Bevölkerungsaustausch in Europa

Der „[Global Compact of Migration](#)“ befindet sich derzeit in Phase III, bis zum Sommer werden zwischenstaatliche Abkommen fertig verhandelt und von den Regierungen unterschrieben sein. Ziel ist nicht mehr und nicht weniger, als die Etablierung eines weltweiten Migrationsgesetzes, einer Weltordnung für Migranten, bindend für die Unterzeichner.

Die New Yorker Erklärung der Vereinten Nationen vom September 2016 etabliert ein Bündel von Rechten für „reguläre Migration“ und Pflichten für die Zielstaaten. Zu den staatlichen Pflichten gehört die Bekämpfung von Xenophobie genauso wie die Niederhaltung von Kritik an diesem Plan. Es soll auch keine Rolle mehr spielen, ob Flüchtlinge an den Grenzen Pässe haben oder nicht. Es reicht, wenn sie das Wort „Asyl“ sagen. Alles Weitere erleben wir täglich hierzulande.

Diese Erklärung könnte zum Signal für eine nie dagewesene Völkerwanderung werden, die vor allem in die Sozialsysteme Europas erfolgen wird. Wir alle haben uns gewundert, was die Beteiligung am „Resettlement and Relocation Program“ im Wahlprogramm der Union, damals, im Sommer 2017, schon selbstbewußt als Regierungsprogramm bezeichnet, zu suchen hat.

Warum wurde in Deutschland, einem Land, in dem alles geregelt ist und dessen Sachverstand in der EU normalerweise nicht einmal die Krümmung der grünen Gurke entgeht, die Differenzierung von Asyl nach Artikel 16a des Grundgesetzes, Fluchtgründen nach der Genfer Konvention und illegaler Wirtschaftsmigration zuerst verwässert und später faktisch beseitigt?

Sprache steuert Denken: Wo also Flüchtlinge oder gar „Geflüchtete“ die Sprache beherrschen, denkt jeder an

Bürgerkrieg, Not und Hilfe. Man ahnte spätestens seit der Gewalt aus dem übergriffigen Migrantenmob nordafrikanischer Staaten in Köln, daß die vielen Syrer nicht nur merkwürdig aussehen, sondern auch merkwürdig viele verschiedene Sprachen sprechen.

Die IOM (International Organisation for Migration) wurde als provisorisches Flüchtlingskomitee 1951 gegründet, damals in Erwartung der Notwendigkeit zur Koordinierung europäischer Flüchtlingsströme nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit dem Wegfall des Eisernen Vorhanges 1989 hat sie sich neuen Betätigungsfeldern zugewandt, seit 2013 ist sie Teil des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR.

(Auszug aus einem Artikel von Matthias Moosdorf, der komplett bei der [JUNGEN FREIHEIT](#) nachgelesen werden kann. Mehr Informationen zum „Global Compact of Migration“ finden sich auf der [Internetseite des AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Hebner](#)).

Im Jahre 2012 forderte der UN-Sonderbeauftragte für Migration, Peter Sutherland, die EU dazu auf, „ihr Bestes zu tun“, die [„Homogenität“ der Mitgliedsstaaten](#) zu „untergraben“. Eine gute Zusammenfassung dieser rassistischen Pläne bietet der Artikel [„Replacement Migration“](#) – Wie UNO und „Think Tanks“ Europas Bevölkerung austauschen wollen – auf „die freie Welt“.

Bevölkerungsprognosen gehen alleine für Afrika von einer Vervierfachung von heute 1,2 Milliarden bis zum Jahr 2100 auf 4,4 Milliarden aus. Laut aktuellen Umfragen wollen bis zu [zwei Drittel der Afrikaner](#) nach Europa auswandern. Die Umvolkungsspezialisten der Vereinten Nationen (UN) bezeichnen in der „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ die [Massenüberfremdung eines Volkes als Genozid](#).



Die Faschismuskeule: Herrschaftsinstrument der Linken

Jeder weiß, was damit gemeint ist, wenn man sagt: die Faschismuskeule wird geschwungen! Jeder weiß, was es bedeutet, wenn einem damit gedroht wird. Und jeder weiß, was einem blüht, wenn man von ihr getroffen wird. Technisch gesehen handelt es sich um eine rhetorische Figur des Totschlagarguments.

Keiner kennt es besser als Professor Hans-Helmuth Knütter. Er hat zahlreiche Bücher zum politischen Extremismus, insbesondere Linksextremismus, und zum Verfassungsschutz veröffentlicht und ist bis heute für die verdienstvolle Internetseite links-enttarnt.net verantwortlich.

Nun enttarnt er in seiner Neufassung des Buches „[Die Faschismuskeule](#)“ ebendiese Keule als Keule der Herrschenden, nicht NUR der Linksextremen! Indem man den Gegner in die Nähe des Faschismus rückt, soll dieser diskreditiert und eine sachliche Diskussion seiner Argumente vermieden werden.

Das funktioniert, weil ein gesamtgesellschaftlicher Konsens den Antifaschismus zur Doktrin erhoben hat, ohne zu wissen, dass es sich dabei um einen kommunistischen Kampfbegriff

handelt, der sich nicht gegen den „Faschismus“ richtet, sondern gegen jede (!) Abweichung vom linken Weg.

Die Faschismuskeule sorgt für dreierlei: Die Aussage wird als faschistisch stigmatisiert, gilt damit als historisch widerlegt und als moralisch minderwertig. Von dem kommunistischen Schriftsteller ist folgendes prophetische Zitat überliefert:

„Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: Ich bin der Faschismus. Nein, er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus.“

Das Buch sollte wirklich jeder lesen. Denn „Die Faschismuskeule“ macht mit vielen Belegen klar, dass der Gegner des Antifaschismus nicht der bedeutungslose Rechtsextremismus ist, sondern sich gegen jede konservative Alternative zum linksliberalen Mainstream richtet.

Knütter veranschaulicht, dass sich die Bundesrepublik von ihrer freiheitlichen demokratischen Grundordnung entfernt und diese zügig durch eine antifaschistisch-volksdemokratische Ordnung ersetzt hat. Doch wer weiß, welche Entwicklungen wie zustande kamen, der weiß auch: man kann sie rückgängig machen! Und genau das muss das Ziel aller patriotischen Akteure sein. Von PI-NEWS bis AfD, von EinProzent bis Tichys Einblick. Holen wir uns die Freiheit zurück!

Bestellinformationen:

» Hans-Helmuth Knütter: [„Die Faschismuskeule. Herrschaftsinstrument der Linken“](#) (15 €)